

UFAI **LISTE PILZ**

**12 PLÄNE
FÜR 5 JAHRE:
GERADE JETZT!**



Österreich ist ein schönes Land. Und eines der reichsten der Welt.

Reich an Natur und natürlichen Ressourcen. Reich an talentierten und gut ausgebildeten Menschen. Mit Betrieben und Unternehmen, die weit über die Grenzen hinaus einen hervorragenden Ruf genießen.

Österreich fehlt nur eines: eine Politik, die diese Chancen nützt. Nicht nur für eine kleine Minderheit, sondern für alle.

„CHANCE ÖSTERREICH“

Der Reichtum Österreichs ist eine Chance. Wir können zeigen, wie es geht: von der Beseitigung der Kinderarmut über sanften Verkehr bis zu guten Schulen für alle; von einer Grundsicherung im Alter bis zu Mieten, die sich alle leisten können; von der Integration der Willigen bis zur Sicherheit vor politischen und religiösen Extremisten.

Wenn andere ihre Probleme lösen wollen, sind sie auf Hilfe angewiesen. Wir in Österreich können fast alles aus eigener Kraft. Es stimmt, vom Klimawandel und den globalen Wanderungsbewegungen bis zur unkontrollierten Macht von Banken und Internet-Konzernen gibt es einige große Fragen, auf die es nur globale Antworten gibt. Aber für die Mehrzahl der Probleme gibt es österreichische Lösungen. Meist wissen wir, es geht. Uns fehlt nur eines: eine Regierung, die die „Chance Österreich“ nützt, die das will und die das kann.



12 FRAGEN

Auch nach dem 29. September sind die Fragen dieselben:

WAS TUT ÖSTERREICH

1. für Klimaschutz?
2. für Tierschutz?
3. gegen die Armut?
4. für faire Mieten?
5. für ein faires Steuersystem?
6. für Schulen?
7. für gesunde Ernährung?
8. gegen illegale Einwanderung und für Integration?
9. gegen Rechtsextremismus und politischen Islam?
10. für die Sicherung unserer Freiheit?
11. für die Verteidigung unseres Rechtsstaats?
12. und für Kunst, Kultur und Vielfalt?

AUF ALLE 12 FRAGEN LAUTETE DIE ANTWORT DER RECHTSPARTEIEN: NICHTS.

- Nichts gegen Klimawandel.
- Nichts gegen Armut und Ungerechtigkeit.
- Nichts gegen die Krise unseres Bildungssystems.
- Nichts gegen Hassprediger.
- Und nichts gegen Tierquälerei.

Wir geben Antworten. Aber: Unsere Antworten sind keine Programme und keine Bekenntnisse. Sie sind Pläne, die wir umsetzen wollen, als Opposition, in den nächsten fünf Jahren.



Wir sagen nicht wofür wir stehen, sondern was wir tun.

12 PLÄNE

1. VIER SCHRITTE FÜR EIN BESSERES KLIMA

- Einführung der CO₂-Steuer für Verursacher und Auszahlung einer Klimadividende an die Bürgerinnen und Bürger
- Jahresticket für ganz Österreich – um 730 Euro. 2 Euro pro Tag, mehr muss öffentlicher Verkehr nicht kosten
- 20 % MWSt für (vor allem importiertes) Fleisch aus nicht Bio-Produktion, 10 % MWSt für heimisches Biofleisch
- Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung, da die Tierproduktion nach dem neuesten IPCC-Sonderbericht bis zu 30 % für die Treibhausgasemissionen verantwortlich ist

2. TIERSCHUTZ STATT TIERFABRIKENSCHUTZ

- Einstieg in den Ausstieg aus der industriellen Tierhaltung durch Verbot der Vollspaltenböden, verpflichtende Stroheinstreu, Verbot der betäubungslosen Kastration und Verbot des Kükenschredderns
- Finanzierung des Ausstiegs durch Förderungsumkehr zugunsten kleiner, tierfreundlicher Betriebe
- Abschaffung unnötiger Tierversuche durch strenges Genehmigungsverfahren (keine Tierversuche für die Agrarindustrie; verpflichtender Nachweis, dass keine der tierversuchsfreien Testmethoden anwendbar ist)
- Förderung von privaten Tierschutzinitiativen (nichtkommerzielle Vermittlung in Not geratener Tiere, Förderung für Tierheime, steuerliche Absetzbarkeit für Tierschutzspenden)

3. FRAUEN- UND KINDERARMUT BEENDEN

- sofortige Einführung der Unterhaltssicherung für 70.000 Kinder mit 210 Mio/Jahr
- Grundsicherung für Kinder bis zum 18. Lebensjahr mit bis zu 425 Euro pro Monat nach dem Modell der Volkshilfe; dazu Zusammenführung von rund 200 familienpolitischen Leistungen
- bedingungslose Grundsicherung im Alter in Höhe von 1.200 Euro
- Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz

4. WOHNEN FÜR ALLE

- Befristete Mietverträge nur in Ausnahmefällen
- Übernahme der Maklergebühren durch den Auftraggeber
- Zweckbindung der Wohnbauförderung für den sozialen Wohnbau

5. KONZERNE UND VERMÖGEN BESTEUERN, ARBEIT UND KLEINUNTERNEHMEN ENTLASTEN

- Rückgängigmachung der KÖSt-Senkung zur Senkung der Lohnnebenkosten und Sozialversicherungsabgaben von Kleinbetrieben
- Steuerpflicht für Internet-Konzerne (Amazon-Steuer) durch Verpflichtung zur Einrichtung einer elektronischen Betriebsstätte
- Progressive Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro
- Einführung der Finanztransaktionssteuer im Hochfrequenzhandel

6. NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN – BILDUNG FÜR ALLE

- Flächendeckende Einführung der Ganztagschule mit individueller Förderung
- Einführung der gemeinsamen Schule der 5 bis 15jährigen mit dem Abschluss der mittleren Reife
- Freie Schulwahl durch Gleichstellung nicht konfessioneller Privatschulen mit öffentlichen Schulen
- Verdoppelung der Mittel zur Unterstützung des Erlernens der deutschen Sprache
- keine religiösen Symbole in öffentlichen und vom Staat geförderten Schulen

7. GESUND - OHNE KRANKMACHER

- Stopp der Abwanderung von Kassenärzten ins Wahlarztsystem durch bessere Kassenverträge
- Einführung der Impfpflicht
- Lohn statt Pflegesklaverei - Einführung eines effizienten und fairen Pflegesystems
- Freigabe von Cannabis in der Medizin
- Abschaffung der Höchstbeitragsgrenzen in der Krankenversicherung
- Nur noch vier Sozialversicherungsanstalten:
Pensionsversicherung für Selbständige und für Unselbständige,
Krankenversicherung und Unfallversicherung für alle
- Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch Beitragszahler; gegen die türkisblaue Entmachtung der Arbeitnehmer in der Sozialversicherung

UFAI

LISTE PILZ

8. DIE RICHTIGEN HIERBEHALTEN UND DIE RICHTIGEN ABSCHIEBEN

- Bleiberecht für gut integrierte Lehrlinge, die als Flüchtlinge gekommen sind
- Abschiebung salafistischer Hassprediger und türkischer Regierungsspitzen
- Verdoppelung der öffentlichen Mittel für Deutschkurse
- Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst – in Schulen, Gerichten, Militär und bei der Polizei
- 100 Millionen für die Hilfe vor Ort durch das World Food Programme
- Kontrollierte Fluchtwege statt illegaler Einwanderung: Wiedereinführung der Asylantragsstellung vor Ort

9. NULL TOLERANZ FÜR EXTREMISTEN

- Verbot der Erdogan-Spitzenvereine ATIB und Milli Görüs
- Überprüfung der Zusammenarbeit mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft
- Schließung extremistischer Moscheen und Burschenschaften
- Einführung eines jährlichen BVT-Berichts zu Rechtsextremismus
- Aufhebung des Verbots für das BVT, die Verbindungen von Extremisten zu politischen Parteien zu untersuchen
- Verbot des Verkaufs von Schusswaffen an Extremisten

10. RECHTSSTAAT

- Einrichtung einer Generalstaatsanwaltschaft zum Schutz der politisch unabhängigen Staatsanwälte und Bestellung des Generalstaatsanwalts mit 2/3-Mehrheit durch den Nationalrat;
- Erhaltung und Stärkung der WKStA mit einer eigenen polizeilichen Ermittlungseinheit
- Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Justiz durch 40 zusätzliche Planstellen für Richter und Staatsanwälte und Nachbesetzung der 400 eingesparten Planstellen der Fachdienste (Kanzlei- und Schreibdienste)
- 50 zusätzliche Richter und wissenschaftliche Mitarbeiter am Bundesverwaltungsgericht

11. FREIHEIT UND DEMOKRATIE

- Stopp der Massenüberwachung – gegen Bundestrojaner und flächendeckende Videoüberwachung
- Verbindliche Volksabstimmung ab 100.000 Unterschriften für Volksbegehren
- Bürgerinformationsgesetz statt Amtsgeheimnis
- Echte Unabhängigkeit des ORF durch Stiftungsfinanzierung und Ende des Parteiendiktats im Aufsichtsgremium; Konzentration auf den Bildungsauftrag

12. KUNST UND KULTUR

- Erhöhung des Budgets für Kunst und Kultur auf 1 Prozent des BIP
- Transparente Vergabe von Förderungen mit präzisen schriftlichen Begründungen und dem Recht auf Einspruch



GEKAUFTE POLITIK UND ORGANISIERTE KORRUPTION

Auch in der Politik wissen fast alle, dass dieser ökologische und soziale Reformweg der richtige Weg ist. Aber trotzdem geht mit ÖVP, FPÖ, SPÖ und NEOS nichts.

Warum?

Mit der SPÖ, weil sie sich nicht traut. Mit ÖVP, FPÖ und NEOS, weil bei ihnen der anschafter, der zahlt. Millionenspender machen keine Geschenke. Sie investieren: in Parteien, in Abgeordnete und in Minister. Vom Glücksspiel bis zur Steuerpolitik kaufen sie Gesetze und Verordnungen. Unfallversicherung, Gewinnsteuern, Immobilien – die Reichen werden entlastet, die arbeitende Mehrheit zahlt. Industriellenwünsche wie der 12 Stunden-Tag werden erfüllt. Die Gönner wissen: Nichts bringt so hohe Erträge wie die Spende zum richtigen Zeitpunkt an die richtige Partei.

Unser Problem ist eine Politik, die sich kaufen lässt. Und eine Regierung, die noch einen Schritt weiter geht: in ein System aus Tarnvereinen, Spendenwäschern, gekauften Gesetzen und geschredderten Beweisen – in die organisierte türkis-blaue Korruption.



NACH IBIZA

„Ja, es gibt ein paar sehr Vermögende. Die zahlen zwischen 500.000 und eineinhalb bis zwei Millionen...Die zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein; (...) dass das nicht an den Rechnungshof geht.“ (HC Strache auf Ibiza)

Auf Ibiza haben ein Vizekanzler und ein Klubobmann der FPÖ etwas Besonderes getan: Sie haben nichts als die Wahrheit über ihre eigene Regierung gesagt.

Millionen-Spendenwäsche durch Tarnvereine; illegale Parteienfinanzierung durch Glücksspielkonzerne, Waffenhersteller und Immobilienhaie; die politische Gleichschaltung großer Zeitungen mit der Hilfe von „Investoren“ – genau das passiert. Die FPÖ hat bei ihren russischen Freunden gelernt. Aber die ÖVP zeigt, wie die Republik durch ihre neuen Oligarchen übernommen wird.

Benko, Tojner, Pierer, Ortner, Novomatic, Glock – darauf können sich ÖVP und FPÖ verlassen. Weil sich die Investoren auf ihre Parteien verlassen können.

Die Rechnungen werden über Steuern bezahlt. Jeder Euro weniger Gewinn- und Vermögenssteuer ist ein Euro mehr an Einkommens- und Mehrwertsteuer. Jeder Euro, den sich Unternehmer bei der Sozialversicherung sparen, muss von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr gezahlt werden. Die neuen Oligarchen kassieren. Die Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen zahlt die Rechnung.

DIE 13. FRAGE

Korruption ist das Mittel einer reichen Minderheit, ihre Interessen auf Kosten der Mehrheit durchzusetzen. ÖVP und FPÖ sind die Ibiza-Parteien – die Parteien der organisierten politischen Korruption. Erfolgreiche Korruptionsbekämpfung macht so erst den Weg frei für eine Politik, in der Steuergelder nur für das Gemeinwohl eingesetzt werden. Daher stellen wir gerade jetzt der Politik eine 13. Frage:

- Was tut Österreich gegen Korruption, Parteibuchwirtschaft und Machtmissbrauch?

Wir wissen: Vor Dezember wird es keine neue Regierung geben. Bis dahin haben wir Zeit, im neuen Parlament Mehrheiten für scharfe Regeln gegen illegale Parteienfinanzierung und Parteibuchwirtschaft zu finden. Noch 2019 wollen wir erreichen:

- Vollständige und unbehinderte Kontrolle der direkten und indirekten Parteienfinanzierung durch den Rechnungshof
- Verschleierungsverbot: Wer Parteispenden durch Vorfeldorganisationen oder Tarnvereine verschleiert, macht sich strafbar
- Spendenwäsche – etwa über Interessensvertretungen – muss strafbar werden
- Parteibuchwirtschaft – Postenbesetzungen in Einrichtungen der Republik Österreich, bei denen nicht die fachliche Qualifikation sondern die Nähe zu einer Partei entscheidet – werden strafbar

Außerdem wollen wir die Halbierung der staatlichen Parteienfinanzierung. 100 Millionen sind genug.



Ibiza-Untersuchungsausschuss

Am Tag, an dem der neue Nationalrat angelobt wird, wollen wir, dass er eingesetzt wird: der Ibiza-Untersuchungsausschuss. Damit Strache, Gudenus, Kurz und Blümel endlich unter Wahrheitspflicht aussagen:

- wer das Video in Auftrag gegeben hat
- wem es angeboten worden ist
- wann die ÖVP davon gewusst hat
- ob die Ibiza-Mails von Kurz und Blümel „Fälschungen“ sind
- wie die Spenden aus Glücksspiel, Waffenindustrie und Grundstücksspekulation für ÖVP und FPÖ gewaschen werden
- wer den Auftrag zum Schreddern im Bundeskanzleramt erteilt hat

Solange Österreich von korrupten Politikern regiert wird, ist der Reformweg blockiert. Die erfolgreiche Bekämpfung der Korruption und ihrer Parteien ist die Voraussetzung für einen politischen Neubeginn in Österreich.



DIE GANZE MACHT

Kurz plakatiert: „Mein Weg hat erst begonnen.“ Aber wohin führt der türkise Weg?

Bei uns steht auf dem Wegweiser „Kurz“. In den USA steht „Trump“, in Großbritannien „Boris Johnson“. In Italien „Salvini“, in Ungarn „Orban“, in der Türkei „Erdogan“. Sie lösen keine Probleme, sie verfolgen Sündenböcke: Ausländer.

Auch die neue ÖVP will nicht nur Wahlen gewinnen. Sie will hundert Prozent Macht und null Kontrolle. Solange es kritische Journalistinnen und Journalisten, unabhängige Staatsanwälte und unbestechliche Abgeordnete gibt, droht dem türkisen Projekt Gefahr.

Daher will die ÖVP

- das Innenministerium und damit Verfassungsschutz und Polizei übernehmen.
- die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zerschlagen und die Justiz gleichschalten.
- Zeitungen kaufen lassen und den ORF durch „Privatisierung“ schwächen.
- und ein Parlament ohne Kontrolle und Gegenpol an der kurzen Leine der Regierung führen.

2017 hat die ÖVP mit Hilfe der FPÖ diesen Weg begonnen. Jetzt will sie ihn ein großes Stück weitergehen.



EIN KANZLER, VIER BEIWAGERL

Eine Frage ist schon lange vor der Nationalratswahl am 29. September beantwortet: die Kanzlerfrage.

Nur zwei Fragen sind offen:

- die Frage nach dem Beiwagerl: Mit wem regiert die ÖVP?
- und die Frage nach dem Gegenpol: Wer ist im nächsten Parlament ihr verlässlichster Gegner?

Vier Beiwagerl stehen bereit. Sie sind blau, rot, rosa und grün. Die Wahl entscheidet, welches Wagerl weiter vorne steht. Aber eines bringt die Wahl nicht: ein Lenkrad im Beiwagerl. Egal, wer daneben sitzt – den Kurs bestimmt der Kanzler mit seiner Partei. Und nicht der Jausenpartner im Wagerl daneben.



KONTROLLE UND GEGENPOL

Die ÖVP will die Macht. Sie braucht die beste Kontrolle und einen Gegenpol.

Die schärfste Opposition sind wir. 2017 haben wir die Grünen als Kontrolle ersetzt. Seit der Wahl 2017 haben wir gezeigt, was wir können:

- Wir haben den BVT-Untersuchungsausschuss durchgesetzt.
- Wir haben „Eurofighter“ im Parlament aufgeklärt.
- Wir haben das Verbot der Millionenspenden an Parteien durchgesetzt.
- Wir haben als einzige im Parlament für Klimaschutz gekämpft.
- Wir haben die Schließung des Saudi- König Abdullah-Zentrums geschafft.
- Wir haben die Valorisierung des Pflegegelds durchgesetzt.
- Und vor allem: Ohne uns wäre Kurz noch Kanzler. Wir haben FPÖ und SPÖ überzeugt, ihm das Misstrauen auszusprechen.

Die ÖVP fürchtet nur eine Opposition: uns.

Der Gegenpol sind wir. Die unbestechliche Kontrolle. Uns kann niemand kaufen. Auch ohne uns gäbe es nach der Wahl Parteien, die nicht in der Regierung sind. Aber es gäbe keinen Gegenpol.

Wenn wir es nicht schaffen, gibt es nur eine Opposition: die FPÖ. Dann müssen Kurz und Hofer nur noch wenige Jahre warten bis sich Grüne und NEOS in der Regierung aufgegeben haben und der Rechtsblock die nächste Wahl gewinnt – und mit ihr die Verfassungsmehrheit.

Aber wenn wir es schaffen, sind wir die Alternative zur FPÖ. Eine unbestechliche Opposition, die von Mieten und Schulen bis zur Bedrohung durch den politischen Islam die Sorgen der Menschen ernst nimmt.



EINE NEUE MEHRHEIT

Wir wollen eine Neue Mehrheit gegen ÖVP und FPÖ begründen. Stück für Stück wollen wir die Kurz-Route schließen. Das ist unsere Hauptaufgabe im neuen Parlament.

Es stimmt, allein können wir das nicht. Dazu brauchen wir auch SPÖ und Grüne. Aber vor allem brauchen wir einen großen politischen Aufbruch in der Zivilgesellschaft selbst. Dann können wir gemeinsam mit vielen anderen den Gegenpol ausbauen – und eine neue Mehrheit jenseits von ÖVP und FPÖ begründen.

Heute glauben nicht viele an diese Chance. Noch nicht. Aber es ist wie mit jeder Chance: Sie muss erst einmal begründet werden. Dafür sind wir da.

Und dafür stellen wir uns der Wahl. Weil alle über uns zumindest eines wissen:

UNS KANN MAN NICHT KAUFEN. UNS KANN MAN NUR WÄHLEN.

Und:

**ÖSTERREICH IST EINE CHANCE. WIR WOLLEN SIE NÜTZEN.
GERADE JETZT!**